

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, OHL, Kupferberg, Radewormwald, Breckersfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beilitz, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 297

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver

Freitag, den 19. Dezember

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“
„Lundmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“,
— „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 12 Seiten
und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Gesandte des Deutschen Reiches in Polen, Ulrich Rauscher, ist in St. Blasien, wo er sich zur Erholung aufhielt, gestorben.

* Das Verbot der Aufführung des Stahlhelmfilms ist von der Oberprüfstelle aufgehoben worden.

* Im Preussischen Landtag sprach Innenminister Severing über seine Stellung zum Remarque-Film.

* Bei einer Fabrikexplosion in Südfrankreich fanden mehrere Personen den Tod, viele andere wurden schwer verletzt.

Das Recht der Notwehr.

Hieb- und Stichwaffen sind entschieden ebenso wenig eine geeignete Ausdrucksform für die politische Meinung wie Pistolen oder Stinkbomben. Sie sollten es wenigstens nicht sein; aber daß sie für die Veranstaltung eines politischen Meinungsaustausches als „schlagende“ und „treffende“ Argumente ganz besonders beliebt und in ausgedehntem Gebrauch sind, lehrt ein Blick in die Zeitungen. Ebenso haben die Gerichte mehr als zuviel mit entsprechenden Vergehen und Verbrechen zu tun, bei denen es häufig nicht etwa bloß einen, sondern mehrere, ja viele Angeklagte gibt. Denn gewöhnlich erfolgen ja solche Überfälle auf politisch Andersdenkende von ganzen Banden, weil man ungern riskiert, ohne mehr als nur genügende „Unterstützung“ den oder die politischen Gegner zu attackieren. Stahlruten, Gummiknüppel, Totschläger oder dergleichen wenig sympathische Mittel im politischen Kampf sind dabei auch noch sehr willkommenes Waffen. In den Versammlungen ebenso wie auf der Straße; denn mit geistigen Waffen zu kämpfen vermeiden derartige parteipolitische Fanatiker vor allem aus dem Grunde, weil sie über solche Waffen gar nicht verfügen.

Ereignisse, an die man nicht mehr erinnern mag, hatten dazu geführt, daß durch Notverordnung verfügt wurde, jeden für mindestens drei Monate hinter schwedische Gärten zu setzen, der ohne Waffenschein im Besitz einer Schusswaffe erwischt würde. Ob das abschreckend gewirkt hat, darf oder vielmehr muß man bezweifeln, wenn man sich daran erinnert, daß auch jetzt noch nicht gerade selten die Pistole knallt, — gewiß so manches Mal zur Verteidigung, aber öfter noch im Angriff. Der Statistiker mag ausrechnen, welcher von den parteipolitischen Kampfbünden die meisten Opfer zu verzeichnen hat, eigene und — fremde! Auf alle Fälle sind es hundert Prozent zuviel.

Nun soll diese strengere Bestrafung des unbefugten Schusswaffenbesitzes ergänzt werden durch entsprechend hohe Strafen auf die Führung von „Hieb- und Stichwaffen“ außerhalb der Wohnung oder der eigenen Geschäftsräume des betreffenden Besitzers. Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr sind vorgegeben, Geldstrafen nur bei mildernden Umständen. Jede Waffe, die ihrer Natur nach dazu bestimmt ist, durch Hieb, Stoß oder Stich Verletzungen beizubringen, zu führen, soll strafbar sein. Auch bei der Androhung dieser Strafe steht, wie die Begründung des Gesetzes hervorhebt, das Abschreckungsprinzip im Vordergrund und erfüllt natürlich nur seinen Zweck, wenn wirklich empfindliche Strafen verhängt werden. Oft genug hat ja eine geschickte politische Regie solche Taten wie gewaltsame Versammlungsstrennung, bandenmäßige Überfälle auf politische Gegner usw. selbst noch vor Gericht mit dem Schleier des — Märtyrertums umkleidet, was, nackt und bloß gesehen, nichts anderes als vorfällige Körperverletzung, Tötung und geradezu Mord gewesen ist. Zum Vorfall wird es aber, wenn jemand „gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist“. Dann soll künftig überhaupt nur eine Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten erfolgen. Damit wird die heute schon fast „landesübliche“ Versammlungsstörung getroffen und man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß vom Gericht der Begriff der „Waffe“ in einem recht ausgedehnten Sinne aufgefaßt wird. So z. B. auch auf den Gebrauch von Stuhlbeinen und Bierfeldern.

Gewiß ist der Kampf der Vater aller Dinge, auch und gerade in der Politik. Wenn aber durch die wüsten Ausschreitungen dieses Kampfes der öffentliche Friede im Rechtsstaat von heute gefährdet wird, dann muß der Staat — ohne jede Rücksichtnahme auf die „wohlerworbene“ Gewohnheitsrechte aller möglichen „Kampfbünde“ — mit jedem zur Verfügung stehenden, gegebenenfalls auch zu schaffenden gesetzlichen Mittel diesem Frieden Schutz und Geltung verschaffen. Aber jedem wirklichen oder vermeintlichen Recht des einzelnen oder der Partei — die ja, wie ihr Name sagt, nur eben ein Teil des Volkes ist — steht das Recht der Gesamtheit. Vor allem hat diese das Recht der Notwehr; denn schon zu dieser muß jetzt angesichts der ganzen innenpolitischen Entwicklung der letzten Monate der Staat wieder einmal greifen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Der Kampf um das bayerische Wahlgesetz.

Der parlamentarische Kampf um die Reform des bayerischen Wahlgesetzes ist noch immer nicht entschieden. Der Verfassungsausschuß des Landtages befaßte sich in dritter Lesung mit dem Wahlgesetzentwurf. Der Ausschuß nahm den am meisten umstrittenen Artikel des Wahlgesetzes

Der Tod Ulrich Rauschers.

Im Alter von 46 Jahren.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, der seit etwa 8 Tagen in St. Blasien im Sanatorium Genesung und Erholung von einer schweren Kehlkopf- und Lungenentzündung suchte, ist Donnerstag früh 5 Uhr gestorben. Der Gesandte war bis zu seinem letzten Augenblick bei vollem Bewußtsein. Die Beisetzung findet in St. Blasien statt.

Der Tod des Gesandten kommt überraschend. Man erfuhr in den letzten Tagen lediglich, daß er erkrankt sei



Ulrich Rauscher †.

und sich in St. Blasien aufhalte. Man hörte, daß er sich eine Kehlkopfentzündung zugezogen habe und daß auch die Lungenentzündung angegriffen seien. Eine inzwischen hinzutretende doppelseitige Lungenentzündung hat dann den Krankheitsprozeß beschleunigt.

Ulrich Rauscher wurde am 26. Juni 1884 in Stuttgart geboren. Er studierte Rechtswissenschaft, war in Heidelberg Korpsstudent und wandte sich später der freien

entwurfs an, jedoch ist auch damit eine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz noch nicht gesichert. Der Ausschuß mußte sich zu dem ungewöhnlichen Schritt entschließen, eine vierte Lesung des Wahlgesetzentwurfes vorzunehmen. Sollte auch dann keine Einigung zustande kommen, so würde das neue Wahlgesetz vor Weihnachten kaum verabschiedet werden können.

Bayerische Industrie gegen erhöhte Agrarzölle.

Der bayerische Industriellenverband hat in einer Eingabe an den Reichsverkehrsminister gegen die Anträge des Reichsernährungsministers auf Erhöhung von Agrarzöllen entschieden Einspruch eingelegt. In der Eingabe heißt es, man verstehe nicht, wie im Zeitpunkt größter Arbeitslosigkeit der Gedanke habe aufkommen können, durch Ausfuhrzollerhöhungen die wichtigsten Handelsverträge zu gefährden und dadurch die Ausfuhr- und Arbeitsmöglichkeiten noch mehr zu verringern. Es sei nicht zu verstehen, wenn die Reichsregierung sich um die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten bemühe und durch Vernichtung von Ausfuhrmöglichkeiten Arbeitsgelegenheiten zerstören würde.

Antrag gegen Doppelverdiener.

Im Reichstage hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, der ein Gesetz mit folgenden wesentlichen Bestimmungen fordert: Allen in Reichs-, Staats- oder Kommunaldiensten oder in Diensten öffentlich-rechtlicher Körperschaften ständig beschäftigten Personen ist die Übernahme und Ausübung außerdienstlicher entgeltlicher Berufstätigkeit grundsätzlich zu untersagen. Wissenschaftliche, literarische und künstlerische Betätigung ist ausgenommen. Der Reichsarbeitsminister ist zu ermächtigen, für Berufe, die erfahrungsgemäß besonders unter der Beschäftigung von Doppelverdienern und Schwarzarbeit zu leiden haben, den Zwang zur Meldung aller offenen Stellen bei den Arbeitsämtern und zur Benennung der Arbeitsämter einzuführen.

Frankreich.

Poincarés Zustand leicht gebessert.

Poincarés Zustand hat sich wieder leicht gebessert. Das letzte Bulletin über sein Befinden lautet: „Die Besserung schreitet deutlich vorwärts. Der Präsident konnte in normaler Weise Nahrung zu sich nehmen. Kein Fieber, befriedigender Puls.“

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Alldeutsche Verband veranstaltete im Herrenhaus eine Kundgebung gegen Polengrenze und Polengefahr. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die Regierungen des Reiches und Preußens zu wirksamen Schutzmaßnahmen für die Deutschen aufzufordern.

Neustadt a. d. Hardt. In einer sozialdemokratischen Versammlung, in der Harrer Eder-Mannheim über „Die große Lüge des Nationalsozialismus“ sprach, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und

chriftstellerischen Betätigung zu. Politisch betätigte er sich erstmals als Korrespondent der Frankfurter Zeitung in Straßburg, später in Berlin, wo er als Theaterreferent für die Frankfurter Zeitung tätig war. Während des Krieges war er zunächst im Kriegspresseamt, zuletzt zwei Jahre Armierungssoldat an der Front. Nach der Revolution trat er zur Sozialdemokratie über und wurde als Sekretär Scheidemanns die journalistische Stütze der Regierung. Er wurde der erste Presseschef bei der Reichskanzlei bzw. der Reichsregierung.

Im Frühjahr 1920 kam es anlässlich des Kapp-Putsches zu einem Konflikt Rauschers mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler, da Rauscher eigenmächtig einen Aufruf herausgegeben hatte. April 1920 schied er aus der Reichskanzlei aus und wurde bald darauf Gesandter in Athen und dann bei der Republik Georgien in Tiflis. Am 31. Mai 1922 übernahm er die Geschäfte des deutschen Gesandten in Warschau, wo er seitdem bis zu seinem Tode tätig gewesen ist.

Die Beileidskundgebungen.

Der Reichspräsident hat der Gattin des verstorbenen Gesandten telegraphisch seine Anteilnahme ausgesprochen.

Der Reichskanzler hat an Frau Rauscher nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet: „Mit aufrichtiger Trauer habe ich die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls erhalten. Zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, spreche ich Ihnen zugleich im Namen der Reichsregierung innige Anteilnahme aus. Der Verstorbene hat bis zu seinem Tode in verschiedenen hohen Staatsstellungen mit seiner ganzen Kraft und seinem reichen Wissen und Können dem Vaterlande erfolgreiche Dienste geleistet. Der Tod hat seinem Wirken viel zu früh ein Ziel gesetzt. Die Reichsregierung wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.“

Reichsaußenminister Dr. Curtius hat der Gattin des Verstorbenen in herzlichen Worten sein Beileid zum Ausdruck gebracht.

Staatssekretär von Bülow gedachte in der täglichen Direktoren- und Referentenbesprechung des Auswärtigen Amtes und Ministerialdirektor Zechlin in der Referentenbesprechung der Presseabteilung der Reichsregierung des Verstorbenen in warmen Worten.

Das Auswärtige Amt erläßt eine Rundgebung, in der es heißt: Rauscher habe auf den verschiedenen wichtigen Posten, die er innegehabt habe, sich hervorragend bewährt und Ausgezeichnetes geleistet.

Nationalsozialisten. Aus Ludwigshafen requirierte Polizei machte der Schlägerei ein Ende. Drei Schwer- und zwölf Leichtverletzte wurden festgestellt.

Kürnberg. Auch hier kam es zu Unruhen zwischen Sozialdemokraten einerseits, Nationalsozialisten und Kommunisten andererseits. 30 Personen wurden verletzt, ein junger Sozialdemokrat wurde erschossen.

Trier. Der Regierungspräsident hat für die Stadtverwaltung einen Staatskommissar ernannt.

München. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten wurden 20 Personen verletzt, darunter ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter. Sechs Personen wurden festgenommen.

Stockholm. In Stockholm wurde der deutsche Kommunist Karl Max Grande, Sekretär im Roten Frontkämpferbund, verhaftet, weil er sich längere Zeit ohne Erlaubnis in Schweden aufgehalten und eine schwedische Rotfronttruppe gegründet und ausgebildet hatte.

Dpreußenreise des Kanzlers.

Reichsgründungsfeier.

Die nächste Sitzung des Kabinetts findet, dem Vernehmen nach, am Freitag statt. Freitagabend tritt der Außenminister Dr. Curtius die geplante Reise nach Oberschlesien an, falls nicht wegen der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Gesandten Rauscher noch eine Verschiebung eintritt. Die große Dpreußenreise des Kanzlers, an der u. a. Minister Schiele, Reichsbankpräsident Dr. Luthner sowie ein Vertreter der preussischen Regierung teilnehmen werden, wird voraussichtlich am 6. Januar beginnen.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages am 18. Januar feierlich zu begehen. Es wird eine Feier ähnlich wie die jährlich stattfindende Verfassungsfeier vom Reichsinnenministerium im Plenarsaal des Reichstages vorbereitet. Eine historische Rede soll gehalten werden, außerdem wird der Reichskanzler sprechen. Der Reichspräsident wird dieser Feier beiwohnen.

Zusammenstöße im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat zusammen, um den Bericht des Grafen Bernstorff über die vorbereitende Abrüstungskonferenz entgegenzunehmen. Im Verlauf der Debatte, an der auch Reichsaußenminister Dr. Curtius teilnahm, entwickelten sich stürmische Szenen. Zwischen den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten gab es heftige Auseinandersetzungen. Die Nationalsozialisten brachten gegen Dr. Curtius ein Mißtrauensvotum ein. Auch über die Geschäftsführung des Ausschussesvorsitzenden Dr. Fried (Nat.-Soz.) gab es eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Briefwechsel Hugenberg-Braun.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Es ist schon einmal von dem Ministerpräsidenten Dr. Braun festgestellt worden, daß er die Äußerung, Dr. Hugenberg sei 50facher Millionär, in jener Versammlung nicht getan habe. Diese Äußerung — fünfzig- oder hundertfacher Millionär — ist nicht von dem preussischen Ministerpräsidenten, sondern von dem Versammlungsleiter, Herrn Schreck, in seiner Einleitungs- oder Schlussansprache getan worden. Der Ministerpräsident hat diese Äußerung weder aufgegriffen, noch sich sonst mit ihr beschäftigt.

Volksbegehren-Ausschuß.

Fragen an den Ministerpräsidenten Braun.

Der Ausschuß des Preussischen Landtages zur Untersuchung über die amtliche Beeinflussung des Ergebnisses des Volksbegehrens beschloß auf Vorschlag des Berichterstatters, Abgeordneten Bort (deutschnational), eine Reihe von Fragen, die dem Ministerpräsidenten, dem Justizminister und dem früheren Innenminister Grzesinski vorgelegt werden.

Ministerpräsident Braun wird gefragt, ob er die Absicht gehabt habe, in seinen Reden im Rundfunk und im Landtag über das Freiheitsgesetz die

Beamten von der Einzeichnung für das Volksbegehren abzuhalten,

ob er sich ferner darüber klar gewesen sei, falls er nicht diese Absicht gehabt habe, daß die Bekanntgabe der Reden wie ein Verbot zur Einzeichnung wirken mußte.

Justizminister Dr. Schmidt soll gefragt werden, ob der Erlaß des Staatsministeriums nicht wie ein

Teilnahmeverbot am Volksbegehren

aufgefaßt werden mußte, und ob er keine verfassungsrechtlichen Bedenken gehabt habe, wenn die Beamten an der Ausübung eines Wahlrechts verhindert würden.

Mehrliche Fragen wurden an den früheren Minister Grzesinski gerichtet. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 26. Januar statt.

Der Auswärtige Ausschuß für die Sicherheit Deutschlands.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages wurde eine Entschließung des Grafen Westarp angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird, Material

über die Bedrohung der Sicherheit Deutschlands

und über die Abwehrfrage durch ständige und planmäßige Propaganda im Auslande und Inlande zu verbreiten.

Der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Außenminister wurde vom Ausschuß als nicht zulässig bezeichnet. Verschiedene andere Anträge wurden abgelehnt. Damit waren die Verhandlungen des Ausschusses beendet.

Stahlhelmfilm darf aufgeführt werden.

Ein Spruch der Oberprüfstelle.

Die Oberfilmprüfstelle beschäftigte sich mit der Beschwerde gegen das Verbot des Films „Der Stahlhelm am Rhein“, das vor acht Tagen von einer Kammer der Filmprüfstelle Berlin ausgesprochen worden war. Wie erinnerlich, hatte nicht nur der Stahlhelm, sondern auch der Kammervorsitzende selbst Beschwerde gegen das Verbot erhoben, weil die Kammermehrheit sich über die Gutachten der Sachverständigen, die einheitlich den Film für unbedenklich erklärten, hinweggesetzt hatte. Die Oberfilmprüfstelle hat, wie der Stahlhelm mitteilt, nach kurzer Verhandlung das Verbot dieses Films aufgehoben und im Sinne der Sachverständigen Gutachten der Vorinstanz den Film für die Vorführung im Deutschen Reich freigegeben.

Die Berliner Prometheus-Filmgesellschaft, die den Verleih des russischen Films „Der blaue Express“ übernommen hat, teilt mit, daß das Auswärtige Amt auf Grund einer Beschwerde der Berliner chinesischen Gesandtschaft um verschiedene Änderungen des Films gebeten habe.

Oberschlesien eine uralte deutsche Kolonie

Eine Anerkennung Pilsudskis.

In Katowitz spielte sich ein Beleidigungsprozeß ab, in dem es sich um die Rolle Pilsudskis während des Kampfes um Oberschlesien handelte. Angeklagt war ein Angehöriger der Christlichdemokratischen Partei wegen der Behauptung, daß Pilsudski im Jahre 1919 den polnischen Oberschlesien, die ihn um finanzielle Unterstützung angingen, seine Hilfe verweigert habe. Er habe ihnen wörtlich erklärt: „Es geküßte euch nach Schlesien. Aber Schlesien ist doch eine uralte deutsche Kolonie!“ Dem Angeklagten, der in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, gelang der Nachweis, daß sich die Dinge wirklich so abgespielt hatten.

Eine große Zahl von Zeugen, u. a. mehrere Abgeordnete, erklärten übereinstimmend, daß sie sich deutlich dieser Worte des Marschalls erinnern könnten. Pilsudski habe die schlesischen Delegationen stets etwas unwillig empfangen, ohne sich durch sie in seiner Beschäftigung, wie zum Beispiel Billardspiel, stören zu lassen. Das Gericht verzichtete schließlich auf weitere Beweiserhebungen, da der Wahrheitsbeweis ihm einwandfrei erschien. Der Angeklagte wurde demgemäß freigesprochen.

Das Ausmaß der Postgebührensenkung.

Aus der Vorlage des Reichspostministeriums.

Die Vorlage des Reichspostministeriums für eine Gebührensenkung betont, daß bei einem Einnahmeausfall von 120 Millionen bis zum 31. März 1931 für die Gebührensenkung nur etwa 40 Millionen übrig bleiben.

Die Einführung einer 20-Gramm-Stufe für Drucksachen und eines Vierpennigtarifes für die Drucksachen bis 20 Gramm bildet das Hauptstück der noch nicht abgeschlossenen Vorlage. Die Gebühren für Postwurfsendungen sollen auf zwei Reichspfennige ermäßigt und bei den Paketen von mehr als 10 Kilogramm Gewicht die Kilogrammzuschläge für die zweite bis fünfte Zone um fünf bis 10 Pfennig herabgesetzt werden. Die Gebühren für ein Paket von 20 Kilogramm würden sich also in der zweiten Zone um 50 Pfennig, in den weiteren Zonen um je eine Mark ermäßigen. Bei telegraphischen Postanweisungen soll die Mindestgebühr auf 2,50 Mark heruntergesetzt werden.

Für dringende Telegramme soll nicht mehr das Dreifache, sondern nur noch das Doppelte der gewöhnlichen Telegraphengebühr erhoben werden. Die Fernsprechnordnung möchte das Reichspostministerium insofern ändern, als künftig die Grundgebühr von

8 Mark für Ortsnetze gelten soll, die bis zu 400 000 Hauptanschlüssen haben. Die Gebühren für Fernsprechgesepräche bei einer Entfernung von 25 bis 50 Kilometern sollen teilweise ermäßigt und, was besonders ins Gewicht fällt, für dringende Ferngespräche soll nicht mehr das Dreifache, sondern nur noch das Doppelte der Einfachgebühr in Rechnung gestellt werden.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 19. Dezember 1930.

Weihnachtsheimlichkeiten.

Es gehört zum Wesen der Weihnacht, daß am Heiligen Abend „Überraschungen“ bereitet werden. Das geschieht durch Gaben, die aus den Wünschen der zu Bescheidenden erraten wurden. Niemand weiß so recht, was ihm das Christkind bringen wird, es soll auch niemand es vorzeitig erfahren. Und diese Erwartung und Spannung bis zum Heiligen Abend möchten wir nicht missen. Wer im Dienste des Christkinds steht, muß also ebenso heimlich sein wie es selbst. Kein Wunder, wenn das Haus in den Tagen vor Weihnachten an Heimlichkeiten und Geheimnissen reicher wird; man weiß es, man spürt es und fühlt es, daß Heimlichkeiten da sind. Es sind aber keine schlimmen, nein, es sind nur gute. So manche Schublade wird in den Tagen vor Weihnachten gewissenhafter als je abgeschlossen, so manches Paket wird verschlossen in die Wohnung eingeschmuggelt, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, man müsse jetzt, wo es gilt, Dinge zu verbergen, etwas von der Geruchlosigkeit geschidter Diebe haben. Vor den Kindern, die alles wissen wollen und nach allem fragen und auch sonst, in begreiflicher Spannung, neugieriger sind als zuvor, hat man oft seine liebe Not mit dem Heimlichsein. Inzwischen vergeht aber die Zeit. Das Fest rückt näher und damit auch die Stunde, wo diese Heimlichkeiten aufhören, wo unter dem Glanze des Christbaumes alle verborgenen Dinge eine frohe Erweckung erleben.

Ladenschluß am 24. Dezember.

Im Reichsrat wird Einspruch gegen das Gesetz erhoben.

Der Reichstag beschäftigte sich mit dem Gesetz über den Ladenschluß am 24. Dezember. Der Berichterstatter erklärte, die Ausschüsse des Reichsrats hätten mit Mehrheit beschlossen, gegen dieses Gesetz Einspruch zu erheben.

denn durch die Fortlassung des Zeitpunktes für das Inkrafttreten des Gesetzes werde eine unklare Rechtslage geschaffen. Die Ausschüsse eruchten die Regierung, mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf über die Arbeitsruhe am 24. Dezember vorzulegen. Der Berichterstatter beantragte, Einspruch gegen das Gesetz zu erheben und dieser Entschließung zuzustimmen.

Auf Wunsch Preußens wurde festgestellt, daß der Reichsrat diesen Ausschußantrag durch Mehrheitsbeschluß angenommen hat.

Weiter beschloß der Reichsrat, den Gesetzentwurf zur Änderung des Lichtspielgesetzes der Ausschußberatung zu überweisen. Außerdem stimmte der Reichsrat gegen die Stimmen der Vertreter der Provinzen Pommern, Brandenburg, Oberschlesien und Ostpreußen einer Vorlage des Reichsarbeitsministeriums zu, nach der die Vereinigung der Ostdeutschen Binnenschiffahrtsberufsgenossenschaft mit der Elbschiffahrtsberufsgenossenschaft mit Wirkung vom 1. Januar 1931 abgeschlossen wird. Die Genossenschaftsversammlung der Elbschiffahrtsberufsgenossenschaft hat einstimmig für diese Vereinigung ausgesprochen. Die Ostdeutsche Berufsgenossenschaft ebenso einstimmig diese Vereinigung abgelehnt, weil eine Verbilligung der Verwaltung nicht eintreten werde und die Zusammenlegung zu einer stärkeren Belastung ihrer Mitglieder führen könne.

Der Reichsrat stimmte einer Verordnung zu, die die Geschäftstätigkeit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt auf dem Gebiet des Personalrechts um zwei Jahre bis Ende 1932 verlängert. Der Reichsrat beschloß, mit Wirkung vom 18. Dezember d. J. den Grundpreis für den hektoliter Weingeist von 53 Mark als angemessen zu bezeichnen.

Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bereich des Arbeitsamtes Lüdenscheid

für die Zeit vom 1. — 15. 12. 1930.

Die allgemeine Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheid, wurde in der ersten Dezemberhälfte dieses Jahres wiederum bestimmt, durch den weiteren Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten in den Außenberufen und die anhaltende Verschlechterung der Beschäftigungslage in der Metallindustrie. Durch Beantragung erneuter Betriebsstilllegungs- und Betriebseinschränkungsmaßnahmen in der Brauwaren- und Metallindustrie ist die weitere Entlassung von insgesamt 667 Arbeitnehmern im Bezirk des hiesigen Arbeitsamtes in Aussicht genommen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge ist von 5142 am 30. 11., auf 5185 am 15. 12. 1930, die der Arbeitsuchenden insgesamt von 6453, auf 6740 gestiegen.

Gezählt wurden am Stichtage, 15. 12. 1930:

Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge	3696	(3737)
in der Krisenfürsorge	1489	(1405)
Notstandsarbeiter	53	(100)
Arbeitsuchende ohne Unterstützung einschließlich Wohlfahrtsberufslose	1502	(1211)
	6740	(6453)

Diese verteilen sich wie folgt:

	Hauptunter- stützungsempf.				Arbeitssuchende ohne Unterst.		Zu
	Arbeitsl.		Krisen-		einisch. der Wohlfahrts-G.		
	Unterst.	Unterst.	Unterst.	Unterst.			
	m.	w.	m.	w.			
Lüdenscheid Stadt	648	137	362	47	597		179
Lüdenscheid Amt	288	39	176	6	118		62
Halver Amt	270	11	104	10	135		53
Pierspe Amt	134	8	82	—	95		31
Meinershagen	129	11	21	—	32		19
Altena	711	54	230	9	89		109
Verdohl Amt	502	26	174	4	118		82
Neuenrade Amt	83	6	36	1	81		20
Plettenberg Stadt	239	15	112	1	154		52
Plettenberg Amt	254	7	71	1	98		43
Herscheid Amt	124	—	42	—	38		20
insgesamt:	3382	314	1410	79	1555		674

— Keine frühere Polizeistunde am Heiligabend. Amtlich wird mitgeteilt, daß die preussische Regierung keine frühere Polizeistunde für Gaststätten am Heiligabend vorsehen habe.

— Evangelische und katholische Geistliche. Eine Zusammenstellung der neuesten Zählungen ergibt, daß im Deutschen Reich die Gesamtzahl der christlichen Geistlichen 36 654 beträgt. Davon sind 16 244 — 44,32 Proz. evangelische und 20 410 — 55,68 Proz. römisch-katholische Geistliche. Von der Bevölkerung sind dagegen 40 014 677 — 63,1 Proz. evangelische und 20 933 334 — 32,3 Proz. römisch-katholisch. Auf einen evangelischen Geistlichen im Reich kommen 2463 Seelen, auf einen katholischen 989.

Halver

— 0 Im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe sind die Ortsgeetze über die Straßenreinigung in den Gemeinden Halver und Schalksmühle, die: Polizeiverordnung über den gleichen Gegenstand und eine Bekanntmachung der zu reinigenden Straßen veröffentlicht. Es ist damit eine neue Rechtsgrundlage für die Straßenreinigung geschaffen. Bisher lag die Reinigungspflicht den Anliegern hier oberbanmäßig ob. Die nähere Regelung und Ausführung dieser Pflicht war in den Ortspolizeiverordnungen vom 25. Februar 1857 und vom 15. September 1892 enthalten. Die Oberbanz (örtliches Gewohnheitsrecht) ließ, — da es ungeschriebenes Recht darstellt —, Streitigkeiten über ihre Auslegung und ihren Umfang zu. Die beiden Polizeiverordnungen waren unübersichtlich und mit den heutigen Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen nicht vereinbar. Es ist deshalb zu begrüßen, daß an ihre Stelle die heute veröffentlichten Rechtsvorschriften treten, denen Befolgung jedem Reinigungspflichtigen angeraten werden kann.

a) zur Hebung der Sauberkeit auf den Straßen und damit der Verkehrssicherheit und Gesundheitspflege,

b) im eigenen Interesse, um — vornehmlich im Winter bei Schneeglätte und Eis — Unglücksfälle und daraus sich ergebende Schadenersatzansprüche zu verhindern und sich vor Strafe zu schützen.

Der Inhalt der Vorschriften ist kurz folgender:

Reinigungspflichtiger ist der Eigentümer der an die Straße angrenzenden Grundstücke. Welche Straßen und Wege zu reinigen sind, geht aus der Bekanntmachung der Polizeiverordnung hervor. Es sind dieses die überwiegend dem inneren Verkehr dienenden öffentlichen Straßen und Wege in den Ortschaften Halver, Schalksmühle und Oberbrügge. Die Art und das Maß der Reinigung bestimmt die Polizeiverordnung. Danach sind die Straßen grundsätzlich zweimal in der Woche — Dienstags und Samstags — zu reinigen. Bei durch Frost oder Schnee hervorgerufener Ungangbarkeit oder Glätte sind die Bürgersteige mit Asche oder dergl. zu bestreuen. Wo kein Bürgersteig vorhanden ist, muß an den Außenrändern des Weges eine Bahn von 1 m Breite in gleicher Weise bestreut werden. In der Auswahl des Streumittels ist der Reinigungspflichtige nicht gebunden; nur ätzende Streumittel dürfen nicht verwendet werden. Es kommt lediglich auf die Erfüllung des Zweckes an: daß von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends keine gefährbringende Glätte entsteht. Die Straßenrinnen sind frei von Schnee und Eis zu halten; bei Tauwetter ist für Abfluß des Wassers zu sorgen.

Wichtig für manchen Grundstückseigentümer — insbesondere für die Hausbesitzer, die nicht in ihrem Hause wohnen, — ist, daß sie sich von der Reinigungspflicht befreien können, wenn ein anderer (der Mieter, Pächter oder andere Personen) die Pflicht übernimmt. Die Übernahme muß schriftlich oder protokolllarisch gegenüber der Polizeiverwaltung erfolgen. Sie ist nur rechtmäßig, wenn die Polizeiverwaltung zustimmt. In diesem Falle trifft dann den anderen bei Übertretungen die Strafe.

Erwähnenswert ist auch die Bestimmung im § 3 der Ortsgeetze. Es soll damit den Reinigungspflichtigen erleichtert werden, sich gemeinschaftlich gegen die Haftpflicht zu versichern, die sie bei Nichterfüllung der Pflicht trifft. Die Gemeindevertretungen Halver und Schalksmühle haben bei den Beratungen über die Ortsgeetze bereits beschlossen, einen entsprechenden Haftpflichtversicherungsvertrag abzuschließen und die Prämie auf die Gemeinden zu übernehmen. Cines Antrages der Verpflichteten bedarf es daher nicht.

— Am Sonntag, dem 21. Dezember vollendet eine Tochter unserer Gemeinde ihr 91. Lebensjahr. Es ist dies die am 21. Dezember 1839 zu Dahlhausen geborene Wilh. Carl Hühmann, Emma, geb. Brüningshaus. Die Eltern zogen später in den hiesigen Ort, und der Vater hat lange Jahre den Ort während der Nacht treulich bewacht. Sie wohnt jetzt bei ihrem Schwiegersohne, dem Bahnhofsvorsteher i. R. Daniel Zimmermann in Ronsdorf. Die Hochbetagte erfreut sich noch sehr guter körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische. Sie hat ihrer alten Heimat eine treue Anhänglichkeit bewahrt. Wir wünschen ihr noch verschiedene Jahre in Gesundheit und Frische.

— Am Dienstagabend fand im Hotel zur Post eine Versammlung des hiesigen Waldbauvereins statt. An dieser Versammlung die in der Hauptsache die Aufforstungen im Frühjahr 1931 betraf, nahmen vom Forstamt Letmathe der Oberförster Leonhardt und ein Forstassessor teil. Aus der Versammlung heraus gingen die Anträge für Aufforstungen mit staatlicher Beihilfe recht zahlreich ein. Daneben wurde beschlossen um noch weiteren Mitgliedern die Vergünstigungen zu teil werden zu lassen den Termin der Angabe um eine kurze Frist hinauszuschieben. In förmlichen Fragen gab dann der Herr Oberförster noch mancherlei Aufklärungen und wurde daraufhin für Januar, wenn die Witterung es erlaubt, ein förmlicher Lehrgang in hiesiger Gemeinde geplant. Nach einigen weiteren waldbaulichen Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schalksmühle

— Apollo-Theater. In dem am Samstag und Sonntag laufenden Film findet eine Änderung statt, es wird im Beiprogramm der Film „Die Geisterfarm“ gezeigt. Außerdem folgen zwei interessante Lustspiele. Sonntag nachmittag 3 Uhr findet eine Kindervorstellung statt.

Kierspe

— Ein treuer Diener der Kirche. Der seltsame Fall, daß jemand 39 Jahre Presbyter und Diakon an derselben Kirche ist, kann hier bei dem verstorbenen Klempnermeister Ernst Hefendehl bezeichnet werden. Der Verstorbene wurde gestern unter großer Anteilnahme zur letzten Ruhe bestattet. Pastor Meyer zu Ehenhausen sprach an der Gruft herzliche Worte des Gedenkens.

Kierspe-Bhf.

— Am kommenden Samstag findet im Eramerschen Saale hier selbst eine Weihnachtsfeier der Pestalozzischule statt. Wie in früheren Jahren so hat man auch diesmal wieder verschiedene theatrale Aufführungen vorgesehen, die der Veranstaltung den weihnachtlichen Charakter geben. Die Leitung liegt in den Händen von Frk. Wienbruch und Herrn Lehrer Bauchage. Der Beginn der Veranstaltung ist auf 6 Uhr festgesetzt. Eintrittsgeld wird nicht erhoben und es wäre der Veranstaltung ein guter Besuch zu wünschen.

— In Haft genommen wurde ein hiesiger junger Mann, der längere Zeit in einer Erziehungsanstalt untergebracht und jetzt auf Wunsch der Eltern entlassen worden war. Da er noch eine längere Strafe zu verbüßen hat, für die ihm Bewährungsfrist zugebilligt worden war, er jetzt

Die französische Regierungserklärung.

Keine neuen Momente.

Die französische Kammer trat zusammen, um zunächst die Regierungserklärung des Kabinetts Steeg entgegenzunehmen, die im Senat durch den Justizminister Chéron verlesen wird. In der Erklärung, die als

äußerst dürftig angesprochen werden kann, sind keine neuen Momente enthalten.

Die Regierung bringt auch in keiner Weise zum Ausdruck, wie sie die verschiedenen Besserungen gedacht hat, die sie vor allem in der Landwirtschaft, im Finanz- und Sparwesen einzuführen gedenkt. Die Regierung werde sich gegen die Einmischung der Finanzen in die Politik wenden.

Ein kurzer Abschnitt ist der Außenpolitik gewidmet. Die Regierung bekennt, daß der äußere Friede der Wunsch aller Franzosen sei. Eine internationale Verhandlung auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Moral sowie eine gemeinsame Anstrengung bezüglich der Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung sei notwendig, um jede Meinungsverschiedenheit auszuschalten.

Die Annäherungspolitik werde die Regierung nach allen Kräften unterstützen.

Die Hauptaufgabe sehe sie jedoch in der nationalen Verteidigung.

Von der Wirtschaftskrise spüre Frankreich bereits die ersten Auswirkungen.

Diese Krise verlange ein tatkräftiges Entgegenwirken. Man werde die materiellen und moralischen Bedingungen der Arbeiter verbessern und eine gesunde Landwirtschaft, Finanz- und Kolonialpolitik durchführen. Nur eine strikte Sparpolitik könne in Zukunft vor neuen Steuern schützen.

In bezug auf Schule und Kirche stelle sich die Regierung auf den Boden des weltlichen Staates. Der internationale Friede in der Sicherheit und in der Achtung vor den Verträgen, Freiheit für alle, unter Beibehaltung der öffentlichen Ordnung, würden stets die volle Unterstützung der Regierung finden. Diese Erklärung ist in der Kammer in ihrer großen Mehrheit

ohne jeden Eindruck geblieben.

Ministerpräsident Steeg forderte die Abgeordneten auf, sofort in die Generaldebatte einzutreten, worauf der Kommunist Sachon als erster das Wort dagegen ergriß.

In den Wandelgängen der Kammer ist man über den Ausgang der heutigen Aussprache noch sehr im Zweifel. Langsam bricht sich jedoch die Auffassung Bahn, daß die Regierung den Abend kaum überleben dürfe.

Außerdem ist in den Reihen der Minister und der Unterstaatssekretäre eine neue Spaltung eingetreten. Der Finanzminister Thoumyre und die Unterstaatssekretäre im Innen- und Landwirtschaftsministerium Coty und Couton haben um ihren Rücktritt nachgesucht.

Bertrauensvotum für Ministerpräsident Steeg.

Nur sieben Stimmen Mehrheit für Steeg.

Die französische Regierung, die sich am Donnerstag erstmals der Kammer vorstellte, erhielt nach stundenlangem Kampf bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag des Abgeordneten Pacard von der radikalen Linken mit 291 gegen 284 Stimmen eine Mehrheit von sieben Stimmen.

Der Sieg der Regierung ist in erster Linie auf die Haltung der Sozialisten zurückzuführen und wurde von dem linken Flügel der Kammer mit großem Beifall aufgenommen. In den Wandelgängen der Kammer zeigte man sich über das Ergebnis äußerst überrascht. Man schreibt es lediglich dem Verhalten einiger Abgeordneter der Mitte zu, die sich der Stimme enthalten haben. Trotz allem ist man der Auffassung, daß das Kabinett dem nächsten Ansturm nicht standhalten wird. Lardieu, der der Sitzung beiwohnte, griff bei seiner Gelegenheit in die Aussprache ein.

Die Schmuggelkönigstochter heiratet.

Ein Brautpaar von 400 Maiglöckchenstand.

In Chicago fand eine pompöse Hochzeit statt. Braut und Bräutigam gehörten renommierten „Unterweltskreisen“ an: die Braut war nämlich keine Geringere als Masalda Capone, die Tochter des berühmten Chicagoer Schmuggelkönigs Al Capone, während der Bräutigam zwar nur John J. Maritote hieß, sich aber enger Verwandtschaft mit dem nicht minder berühmten, augenblicklich etwas angeschossenen Schmuggelkönig Diabolo rühmen konnte. Es war ein Familienfest, wie man es selbst in Chicago noch nicht erlebt hatte. Die Hochzeit sollte

eine Art Friedensfeier zwischen den alten Häusern der beiden Schmuggelfürsten darstellen. Mehr als 4000 Personen drängten sich in der katholischen St.-Mary-Kirche, wo die Trauung stattfand, und draußen vor der Kirche stauten sich mindestens ebensoviel Personen, von den geheimen und den uniformierten Polizisten, die ein paar Leute verhaften zu können hofften, gar nicht erst zu reden. Masalda Capone hielt in ihrer zarten Hand

einen Brautstrauß von 400 Maiglöckchenstand.

Fünf junge Damen trugen die Riesenschlepp ihres Brautkleides und daneben standen, mit Brillanten übersät und in kostbare Pelze gehüllt, die Damen der Häuser Capone und Diabolo. Die Herren Capone und Genossen aber waren nicht erschienen, weil sie eingesperrt zu werden fürchteten. Ein paar Herren trugen in ihrer Hosentasche – Revolver, was man sonst bei Hochzeitsfesten nicht zu tun pflegt. Al Capone soll seiner Tochter eine Mitgift von 50 000 Dollar und eine Villa gegeben haben. Das Hochzeitsmahl war überaus prunkvoll und die Hochzeitsreise unternahm das junge Paar nach Kuba, wie das jetzt alle Dollarprinzessinnen zu tun pflegen.

Bedeutende Funde in Tell el Amara.

Eine Statue der Gattin Tut-anch-Amons ausgegraben.

Wertvolle Funde sind bei den Ausgrabungen in Tell el Amara in Ägypten in einem Hofe des bisher ausgegrabenen Teiles der Stadt gemacht worden. Aus einem Krüge, der mit einer Schale zugebedt war, fielen bei der Öffnung mehrere Goldklumpen heraus. Dann folgten Silberklumpen, Ringe, Spangen und zuletzt die silberne Figur eines Hottentottgottes, der eine goldene Kappe trägt. Insgesamt handelt es sich um acht Unzen Gold und drei Unzen Silber. Nicht weit davon entdeckte man eine wunderhübsch geschnitzte weibliche Figur, die niemand anders sein soll als Ankh-en-Pa-Amen, die Gattin des in den letzten Jahren vielgenannten Pharaos Tut-anch-Amon, der bekanntlich an allen, die ihn ausgraben halfen, Rache genommen haben soll.

Die jetzigen Ausgrabungen erstrecken sich auf die ägyptische Vorzeit. Man hat ein ganzes Labyrinth von Straßen mit kleinen Seitengassen aller Art ausgegraben. Ein besonders wertvoller Fund ist das Haus eines reichen ägyptischen Kaufmanns, das sich wesentlich von der ägyptischen Bauweise unterscheidet.

Severings Dant an die Polizei

Der Streit um den Remarque-Film.

Preussischer Landtag.

(192. Sitzung.) tt. Berlin, 18. Dezember.

Der Preussische Landtag setzte die allgemeine Aussprache zur ersten Beratung des Haushalts für 1931 fort.

Innenminister Severing, der sogleich das Wort nahm, wurde von den Nationalsozialisten mit dem Zuruf: „Der Gummiknüppel!“ empfangen. Der Minister führte zunächst die Gründe an, aus denen er sich nicht an der Aussprache über den ersten gegen ihn gerichteten Misstrauensantrag beteiligen habe. Die Minister sollten es grundsätzlich ablehnen, solchen Verzerrungen des Parlamentarismus noch eine besondere Rolle durch ihre rednerische Beteiligung zu geben. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Der Misstrauensantrag gegen mich wird jetzt damit begründet, daß ich mich über die

Vorführung der amerikanischen Fassung des Remarque-Films lobend geäußert hätte. Tatsächlich habe ich mich über diese Vorführung überhaupt nicht geäußert. (Hört, hört!) Es ist nicht wahr, daß die Vorführung des Remarque-Films sofort die Empörung der nationalgefühnten Kreise hervorgerufen habe. Wer sich von dem Gefühl der inneren Empörung über einen Film leiten läßt, der fängt nicht vorher weiße Mäuse und Blindschleichen

ein. (Sehr gut! bei den Regierungsparteien.) Ganz unabhängig von der Beurteilung des Filmes hat die Polizei dafür zu sorgen, daß Hausfriedensbrecher aus Theatern entfernt werden. Die Demonstranten gegen den Film scheinen ihn oder den Krieg nicht zu kennen, dieser Film ist ein Hohes Lied auf deutsche Kameradschaft und deutsche Tapferkeit! (Lärm und Widerspruch rechts.) Wenn die Nationalsozialisten rufen, Hitler sehe vor den Toren Berlins, so meine ich, er soll ruhig eintreten, er bekommt sonst kalte Füße. (Seiterzeit.) Wenn behauptet wird, es sei an eine Heranziehung des Reichsbanners zur Unterstützung der Polizei gedacht, so ist das vollkommen falsch.

Was wäre ich für ein elender Stümper als Polizeiminister, wenn ich erklären müßte, daß die Schutzpolizei zur Erfüllung ihrer Aufgabe nicht ausreichte. Die preussische Polizei ist ihrer Aufgabe gewachsen und ihr Aufbau soll auch in diesem Winter nicht geändert werden. Die Polizei wird auch in den nächsten Monaten ihren Mann stehen. (Beifall.) Auch das Offizierkorps der Polizei ist staatsreu und wird in jeder Situation des nächsten Winters und in aller Zukunft staatsreu sein und seine vaterländische und republikanische Pflicht tun. (Rufe bei den Kommunisten: Das glauben Sie ja selber nicht!) Die preussische Regierung ist bereit, vom 1. Februar ab, wenn die Kürzung eintritt, den Gehaltsbeamteten wenigstens einen Teil der Abzüge wieder zu ersetzen. (Beifall; Rufe bei den Kommunisten: Damit sie besser prägen können!)

Was das Bürglein anlangt, so bedauere ich es außerordentlich, daß die Anwendung des Gummiknüppels erforderlich ist. Auf die Polizei aber mit der Waffe vorgehen, dann ist es mir lieber, sie nimmt den Gummiknüppel als den Karabiner.

Wer allerdings wackelige Gefangene noch prügelt, für den ist in der Schutzpolizei kein Platz. Ich habe mich gewundert, daß der Abg. von Emmer (D. Vp.) so harte Worte gegen die Polizei fand, aber kein Wort gegen die

Ausschreitungen der Studenten.

Studentenruß nehme ich nicht tragisch. Wenn z. B. Studenten in Berlin singen:

„Alle Ringe rollen, nur der kleine Seve-Ring nicht!“

(Seiterzeit), dann nehme ich das nicht übel; ich habe auch nichts gegen Angriffe deswegen, weil mir der Rektor der Braunschweigischen Technischen Hochschule den Titel des Ehrendoktors überreicht hat. Wenn aber die Vorlesungen dieses nun nach Berlin versetzten Rektors gehindert werden sollen, dann hört die Gemütlichkeit auf; dann wird die Polizei rücksichtslos einschreiten (lebhafter Beifall).

Über die Menfuren habe ich mich schon 1924 geäußert. Mir persönlich erscheint Florettschneiden alsbald ein roter betriebener Vorpost (lebhafter Beifall). Aber es gibt ja vorläufig noch einen Paragraphen im Strafgesetzbuch, der die Wensur unter Strafe stellt. Die Polizei ist daher gezwungen, solchen Dingen nachzugehen, und tut das mit Delikatesse.

Die Jugend hat mich stets zum Freunde und ich betätige mich gern in der Jugend, halte es aber nicht für richtig, daß die Älteren der Jüngeren jeden Taa sauen: „Nur

allein seid unsere Hoffnung!“ (Sehr wahr! rechts und in der Mitte.) Physiologisch ist das ja richtig. Aber es gibt auch noch anderen Alten, der nicht so senil ist wie ein Zwanzigjähriger (lebhafter Beifall). (Rufe b. d. Nat.-Soz.: Ihre Freunde haben ja das Wahlalter auf 20 Jahre herabgesetzt!) Herr Kube, ich frage Sie, ob Ihre Partei bereit ist, der Heraushebung des Wahlalters zuzustimmen (Abg. Kube (Nat.-Soz.): Jetzt natürlich nicht mehr!).

An der Bestellung von Staatskommissaren habe die Regierung sicher keine Freude. Wenn man aber vor der Alternative steht: Kommunales Chaos oder Bestellung von Staatskommissaren, dann wähle ich das letztere. Ich bin der Auffassung, daß man nicht von besserer Vergangenheit und besserer Zukunft träumen sollte, sondern es sollte die Aufgabe aller Parteien sein, beharrlich eine bessere Gegenwart herbeizuführen. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Bord (Dtn.) erklärt unter großer Seiterzeit, seine Fraktion habe auf die Ausführungen des Ministers hin in der Begründung ihres Misstrauensantrages eine kleine Änderung vorgenommen, sie könne aber den Antrag leider nicht zurückziehen, da der Minister den Remarque-Film ein Hohes Lied der Kameradschaft und Tapferkeit genannt habe.

Abg. Leonhardt (Wirtschaftspartei) betont die katastrophale Notlage des deutschen Ostens und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß Ministerpräsident Braun seine Königsberger Rede, daß die Oligarchie auf die Dauer nicht aushalten könne, im Landtage wiederholen möge. Die Erklärung Severings, daß die Schutzpolizei für der Grenzschutz in Oberschlesien eingesetzt worden sei und auf funktioniert habe, sei zu begrüßen, aber man hätte mit Vorbeugungsmaßnahmen schon früher beginnen müssen.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) erklärt, die Verwaltungsbureaucratie des Herrn Severing hat in letzter Zeit zahlreiche Deutsche aus Nachfolgestaaten des alten Österreich aus Preußen ausgewiesen, weil es Nationalsozialisten sind. Dasselbe System befördert mit Vorliebe eingewanderte Ostjuden. Auch das Verhalten der preussischen Regierung gegenüber dem Verein für das Deutschtum im Ausland sei kennzeichnend für dieses System.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) erklärt, die preussische Regierung hätte im Reichstag eine außenpolitische Debatte selber wünschen müssen. Dann hätte man vor aller Welt

gegenüber der polnischen Mordernation bekundet, daß das deutsche Volk auf sein angestammtes und geschichtliches Recht auf die uns im Osten entzogenen Gebiete nicht verzichtet. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Lindner (Volksdienst): Die Arbeitsdienstpflicht als Zwangsmaßnahme läßt sich nicht durchführen, allein schon aus finanziellen Gründen nicht. Dagegen zeigt einen Ausweg die vom Christlichsozialen Volksdienst im Reichstage geforderte freiwillige Arbeitsdienstpflicht.

Eine der größten Aufgaben unserer Regierung ist es, die Landflucht deutscher Arbeiter zu unterbinden. Will man das tun, dann muß man dafür sorgen, daß menschenwürdige Bedingungen für Landarbeiter geschaffen werden und daß man endlich die 150 000 polnischen Landarbeiter in Deutschland durch deutsche Kräfte ersetzt. Daß auch wir den furchtbaren Terror gegen die deutsche Minderheit in Polen verurteilen, ist selbstverständlich, ebenso, daß eine Revision der Oligarchie erforderlich ist und eine starke Grenzmarktpolitik gegen die polnischen Übergriffe. Der Redner fordert zum Schluß, daß endlich der

Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen schnell zum Abschluß komme. Ich fürchte, wir werden einem evangelischen Vertrag nicht zustimmen können, der eine politische Klausel enthält.

In der zweiten Redereihe betonte Abg. Dr. Hamburger (Soz.), daß auch die Sozialdemokraten den polnischen Terror gegen die deutschen Minderheiten entschieden ablehnen. Sie aber (nach rechts) können aus dem Schicksal der Deutschen in Polen lernen, wie das faschistische Regime die Minderheiten unterdrückt.

Die Sitzung des Landtages.

Nach der mit ziemlichem Unruhe aufgenommenen Rede Hamburgers erklärte Abg. Ebersbach (Dtn.), er bedaure, daß der Finanzminister in seiner Rede nicht deutlicher auf die Untragbarkeit der Tributlasten hingewiesen habe. Die preussische Regierung habe keinen Grund zum Stolz darauf, daß sie die Reichsregierung in ihren Maßnahmen unterstützt hat. Eine Gefundung der Finanzen sei erst möglich, wenn die Erfüllungspolitik aufgegeben werde.

Um 18.25 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr vertagt.

„Industrialisierte“ Landwirtschaft.

Geheizter Ackerboden. — Regen aus Kanonen. — Eier am laufenden Band. — „F F“-Verlauftswagen.

In der Nähe von Eberswalde hat die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke-A.-G. einen eigenartigen landwirtschaftlichen Betrieb eingerichtet. Kupfer, Messing und Landwirtschaft gehören eigentlich nicht ganz zusammen, aber dieser Eberswalder Industriebetrieb mit landwirtschaftlichem Einschlag ist aus der Kriegs- und Inflationszeit geboren: weil die Arbeiter, die an den Schmelzöfen der Einwirkung gesundheitsgefährlicher Gase ausgesetzt waren, reichlich mit Milch und mit anderen guten Lebensmitteln versorgt werden mußten, schaffte die „Hirsch-Kupfer“ zuerst 100 Milchkuhe an, kaufte dann Land, um Eigenfutter zu gewinnen, und wurde schließlich Besitzerin eines Gutes von 3000 Morgen märkischen Bodens. Aus der großen Milch- und Gemüsewirtschaft entwickelten sich dann Dinge, die in mehr als einer Hinsicht beachtenswert sind.

Das Messingwerk bei Eberswalde ist in der Mark Brandenburg der größte Abnehmer von elektrischem Strom und genießt deshalb Vorzugstarife. Der billige Strom wird nun in der Weise ausgenutzt, daß man damit unter Glasdächern den Boden heizt, um, unabhängig von der Jahreszeit, alle möglichen Gemüse zu gewinnen. Gegenwärtig baut man auch noch eine Versuchstation, in der Wasser durch den Strom in Dampf verwandelt werden soll; dieser etwa 200 Grad heiße Dampf soll dann gleichfalls dem „Ackerboden“ zugeführt werden.

Nicht minder interessant sind die durch den billigen Strom in Betrieb gesetzten „Beregnungsmaschinen“, von denen einige vier Kanonen aussehen. Diese Kanonen schießen unter hohem Druck ihren Bewässerungsstrahl bis auf eine Entfernung von etwa 60 Meter im Kreise. Es ist also eine Art künstlicher Regen, der hier fabriziert wird. Außer dem Regen sollen aber auch die Regenmaschinen selbst im Messingwerk fabriziert werden — aber das gehört schon wieder in die Industrie, nicht in die Landwirtschaft.

Zu dem merkwürdigen Betriebe gehört auch eine „Hühnerfarm“, die zurzeit etwa 9000 Legehühner beherbergt. Diese Legehühner sind nicht künstlich fabriziert worden, dafür aber ist ihr Legegeschäft durchaus industrialisiert. Die Hühner sitzen in ihren Käfigen auf Drahtnetzen, durch die der Kot auf ein laufendes Band fällt und automatisch beseitigt wird. Aber auch die Eier fallen auf ein laufendes Band, das sie auf schnellstem Wege zur Versand- und Verpackungsstelle führt. Tierischpüchere werden wahrscheinlich mit diesem mechanisieren

gelegten Eier sind billiger als die in der Freiheit gelegten. Und darauf kommt es bei der „industrialisierten“ Landwirtschaft im wesentlichen an: auf Senkung der Produktions- und Betriebskosten. Die „Hirsch-Kupfer“ und ein paar andere Güter und Genossenschaften schicken einen großen Teil ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Berlin und lassen sie hier ohne jeden Zwischenhändler direkt an den Verbraucher verkaufen. Die Lastautos der Verläufer tragen in großen Buchstaben das Zeichen „F F“, das erstens auf die Qualität der Waren hinweist und zweitens „Finow-Farm“ bedeutet. „Finow-Farm“ heißt nämlich die Betriebsgesellschaft der Hirsch-Kupfer-Werke. Die Wagen fahren in Berlin nach einem regelmäßigen Fahrplan die einzelnen Stadtteile ab und schlagen bald hier, bald da ihren „Laden“ auf. Das geschieht in der Weise, daß man aus einer hochgeklappten Seitenwand einen Ladentisch hervorzieht. Und dann kann kaufen, wer will ... billig oder mindestens doch „billiger“.

Gewinnauszug	
3. Klasse 36. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.	
Ohne Gewähr	Nachdruck verboten
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Kasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II	
1. Ziehungstag 17. Dezember 1930	
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen	
2 Gewinne zu 5000 M. 131980	
4 Gewinne zu 2000 M. 64151 336131	
30 Gewinne zu 1000 M. 16841 23296 33996 57499 104715 128088 140191 151882 165447 209139 240229 316456 334940 349015 376196	
44 Gewinne zu 800 M. 1745 6597 22700 48732 104205 110385 115796 134444 163152 189590 196905 192609 195491 206019 247320	
247454 268341 294191 294332 309439 377448 393828	
70 Gewinne zu 500 M. 5190 7316 16503 17506 22265 24956 27057 33761 49944 53476 74045 80158 91486 100077 109921 127705 152007 163288 183325 204843 207880 209220 220396 225362 143857 238575 309789 316422 321202 342072 373643 383216 384544 386850 399344	
In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen	
2 Gewinne zu 100000 M. 334554	
2 Gewinne zu 5000 M. 317429	
8 Gewinne zu 3000 M. 169061 181477 184262 305476	
10 Gewinne zu 2000 M. 51871 75096 115992 142236 193934	
26 Gewinne zu 1000 M. 1816 49297 68344 105760 129066 142124 163225 191997 192814 220416 253051 310422 359700	
38 Gewinne zu 800 M. 5273 15392 38032 47742 101426 141926 143457 154633 165152 174132 210857 254170 271449 297935 309927 322801 381032 383222 394562	
46 Gewinne zu 500 M. 894 25331 49827 68636 75588 82462 105222 148758 162949 183330 184070 187361 217110 218873 223146 225057 226458 258866 262330 267253 277434 325919 366830	